ANDREAS C. HOFMANN

# Friedrich Ebert (†1925) als Reichspräsident — und danach? Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Novemberrevolution und Weimarer Republik (1918/19-1933)*

Friedrich Ebert als Reichspräsident – und danach? Lassen Sie mich meinen kleinen Streifzug durch die Geschichte der Sozialdemokratie mit einem Cliffhanger beginnen, um an dieser Stelle ein neudeutsches Wort zu verwenden:

> Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende; das Morden ist vorbei. Die Folgen des Kriegs, Not und Elend,werden noch viele Jahre lang auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben. Unsere Verständigungsvorschläge wurden sabotiert, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet.
>
> Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen *inneren Feinde*, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. *Der Kaiser hat abgedankt*; er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!
>
> Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem *Abgeordneten Ebert* übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden und der Sorge um Arbeit und Brot.
>
> Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen! Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor.
>
> Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt!
>
> **Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!**
>
> (http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/scheidemann)

Mit diesen Worten rief der SPD-Politiker Philipp Scheidemann am 9. November 1918 um 14 Uhr vom Balkon des Berliner Reichstags die erste deutsche Republik aus. Ich darf kurz in Erinnerung rufen: Der Erste Weltkrieg war verloren, am 7. November 1918 meuterten in Kiel Matrosen, die zu einem letzten Gefecht auslaufen sollten und der noch von Wilhelm II. ernannte Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet sowie sein Amt auf den Führer der Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert übertragen. Den Begriff der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) verwendete die SPD seit 1917, nachdem sich wegen der Frage der Kriegskredite die linksgerichtete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) abgespaltet hatte.

* Vortrag, gehalten am 25. April 2013 beim Ortsverein Oberschleißheim der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wegen des gesprochenen Wortes wird auf Anmerkungen weitestgehend verzichtet.

Wie aber gestaltete sich der Übergang von der Monarchie zur Republik und welche Rolle spielten die Sozialdemokraten? Wie entwickelten sich die sozialdemokratischen Parteien weiter und wie standen sie zur Demokratie von Weimar? Konnte sich die Sozialdemokratie in der Zwickmühle zwischen den alten Eliten des Kaiserreichs und den nach Partizipation strebenden Arbeitern behaupten? Um diesen **Fragen** nachzugehen, möchte ich heute einen kurzen Überblick über die Geschichte der Sozialdemokratie in den Jahren von 1918 bis 1933 geben und hierbei versuchen, eine Einbettung sowohl in die Geschichte der Weimarer Republik, als auch in die innere Entwicklung der Sozialdemokratie zu geben.

Aber nun zurück zum 9. November 1918: Mit der **Ausrufung der Republik** um 14 Uhr stand Scheidemann unter enormen Zeitdruck, da der Führer des linksrevolutionären Spartakusbundes der USPD Karl Liebknecht im Berliner Schloss die Ausrufung einer sozialistischen Republik plante. Im Jahre 1924 erinnert sich Scheidemann:

> Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal nein! Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloß her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloß hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat gesiegt. Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. Nein, nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem anderen Elend. Schon stand ich im Fenster. Vieltausende von Armen reckten sich um die Hüte und Mützen zu schwenken. Dann wurde es still. Ich sprach nur wenige Sätze.
> (http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/scheidemann)

Trotz dieser – durchaus nachvollziehbaren – Erwägungen war der MSPD-Vorsitzende Friedrich Ebert regelrecht entsetzt. „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, entscheidet eine Konstituante!“ Damit machte Ebert klar, dass die Frage, ob Deutschland eine Republik oder eine Monarchie geworden wäre, von einer frei gewählten verfassungsgebenden Versammlung hätte bestimmt werden sollen. Nichtsdestotrotz trat bereits am 10. November 1918 der **Rat der Volksbeauftragten** – eine paritätisch aus MSPD und USPD zusammengesetzte Revolutionsregierung – zusammen.

Um das Erreichte zu sichern vereinbarte Ebert mit dem Chef der Obersten Heeresleitung Wilhelm Groener in einem geheimen Telefonat die Loyalität der Reichswehr gegenüber der neuen Regierung, die Beibehaltung der Befehlsgewalt der Offiziere und die Niederschlagung von Unruhen. Man könnte fast sagen, Ebert hätte die Wahl zwischen Pest und Cholera gehabt: Durch den **Ebert-Groener-Pakt** sicherte er zwar das Erreichte, nahm allerdings Gewaltexzesse gegenüber linksrevolutionären Aufständen zumindest billigend in Kauf. Eine Fortführung der Revolution zu einer sozialistischen Republik hätte allerdings die Reichswehr auf den Plan gebracht und – wie das Beispiel Russland zeigte – eine Verfolgung des Bürgertums bedeuten können. Ebert hatte somit die Wahl zwischen ‚weißem‘ und ‚rotem‘ Terror.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs zu den historischen Wurzeln dieser politischen Farbenlehre:

- *Weiß* galt seit der Französischen Revolution wegen der Flagge des damaligen französischen Königshauses als die Farbe der Konterrevolutionäre, also derjenigen, welche die Wiederherstellung der alten Ordnung anstrebten.
- *Rot* geht als Farbe der Revolutionäre auf dieselbe Zeit zurück. Die Jakobiner, eine Extremistengruppe unter den französischen Revolutionären trugen rote Mützen und hatten hierbei französische Galeerenhäftlinge zum Vorbild

Der Ebert-Groener-Pakt jedenfalls sollte bereits **Weihnachten 1918** zu einer Zerreißprobe für die Volksbeauftragten werden. Nachdem der revolutionstreuen Volksmarinedivision eine Verkleinerung verordnet wurde und es zu einer Verweigerung von Soldforderungen kam, besetzte diese die Reichskanzlei. In der Nacht des 24. Dezember 1918 kam es schließlich zu einem Aufeinanderprallen der Volksmarinedivision mit regulären Reichswehrkräften, was mit einem Sieg der Volksmarinedivision endete. Da die USPD in der Anforderung der Reichswehr durch Ebert einen Verrat an der Revolution sah, erklärte sie folglich ihren Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten.

Eine weitere Folge war die Radikalisierung des Spartakusbundes, der nun die Gründung einer eigenen Partei verfolgte. So fand vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 der Gründungsparteitag der **Kommunistischen Partei Deutschlands** (KPD) statt, welche in ihrer Mehrheit eine sozialistische Republik nach sowjetischem Vorbild forderte. Die KPD trat bereits wenige Tage später in Aktion, als die Absetzung des der USPD angehörenden Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn einen Aufstand entfachte. Es ist ein Sarkasmus der Geschichte, dass nach der Niederschlagung dieses sogenannten Januaraufstandes mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 gerade die zwei Protagonisten der KPD von Freikorps ermordet wurden, die vorher innerhalb ihrer Partei versucht hatten, den Parlamentarismus als zumindest ein mögliches Forum für ihre Ziele durchzusetzen.

Bereits zuvor hatten sich die Volksbeauftragten auf die Bildung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung als eines solchen parlamentarischen Forums verständigt. Bei den hierzu stattfindenden **Wahlen am 19. Januar 1919** waren nun erstmals in der deutschen Geschichte auch Frauen wahlberechtigt. Im Ergebnis erhielten die SPD 37,9%, das katholische Zentrum 19,7%, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) 18,5%, die rechtskonservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 10,3%, die USPD 7,6% und die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) 4,4%. Die KPD war nicht zur Wahl angetreten. Dem ersten deutschen souveränen Parlament gehörten nun auch 37 Frauen an.

Die Hauptaufgabe der **Nationalversammlung** lag in der Herstellung der provisorischen Zentralgewalt sowie der Erarbeitung einer Verfassung. Die Nationalversammlung verabschiedete nach ihrem Zusammentreten im Weimarer Hoftheater im Februar ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt. Sie wählte Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten, der wiederum Philipp Scheidemann zum Regierungschef ernannte. Die MSPD besetzte nun die beiden Organe der Exekutive, war allerdings bei der Regierungsbildung auf die Unterstützung des Zentrums und der DDP angewiesen. Das in die Geschichte als „Weimarer Koalition" eingegangene Bündnis aus Sozialdemokratie, Katholiken und Liberalen war geboren. MSPD und USPD verfügten zusammen nicht über die erforderliche Mehrheit.

Die größte Bürde für die neue Regierung war der Abschluss eines Friedensvertrages. Die einzelnen Punkte des als **Versailler Vertrag** bekannten Vertragswerkes sollen hier nicht skizziert werden. Mit Kriegsschuldfrage, Reparationszahlungen, Gebietsabtretungen, Verlust des Kolonialbesitzes und Auslieferung des Kaisers seien nur einige Stichworte genannt. Die deutsche Delegation unter Matthias Erzberger konnte zwar geringfügige Erleichterungen durchsetzen. Im Wesentlichen blieb der neuen Regierung aber nichts anderes übrig, als dem Vertrag zuzustimmen. Es waren nun die alten Eliten, die eigentlichen Verlierer des Krieges, die begannen, der Revolution die Schuld am verlorenen Krieg in die Schuhe zu schieben. Die deutschen Truppen seien aus der Heimat von hinten erdolcht worden. Eine Legende ward geboren.

Auf die Knackpunkte der nun folgenden **Verfassungsberatungen** im Detail einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Ich möchte daher nur die Punkte hervorheben, welche eine sozialdemokratische Handschrift tragen:

- *Sozialisierungen:* Artikel 156 legte fest, „für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum zu überführen" oder „ zusammenzuschließen mit dem Ziele, […] Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln."
- *Sozialversicherung:* Artikel 161 sah ein Versicherungssystem vor „zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens […] unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."
- *Sozialkammer:* Eine Sozialkammer installierte Artikel 165, indem Betriebs- und Bezirksarbeiterräte sowie ein Reichsarbeiterrat eingerichtet wurden. Letzterer bildete zusammen mit Arbeitgebervertretern den Reichswirtschaftsrat, der Gesetzesinitiativen begutachten, verlangen und sogar vor dem Reichstag vortragen konnte.

Am 21. August 1919 wurde Friedrich Ebert schließlich **auf die Verfassung vereidigt**, die besagte, dass er als von der Nationalversammlung gewählter Reichspräsident bis 1925 im Amt bliebe.

> Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die freundlichen Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Ich danke Ihnen ganz besonders dafür, daß Sie in Ihren Worten Erinnerungen an unsere gemeinsame, engere liebe Heimat mitklingen ließen. Meine Damen und Herren! Sie vertreten alle Gaue Deutschlands. Das aber müssen wir uns erhalten, wenn wir unser Vaterland auf Grundlagen aufbauen wollen, die unvergänglich und unzerstörbar sein sollen: die innige Liebe zur Heimat, zum Volksstamm, dem der einzelne entsprossen ist. Und dazu soll kommen die heilige Arbeit am Ganzen, das Sichindienststellen in die Interessen des Reichs. Da löst sich der Widerspruch zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat. Da, in der engeren Heimat, liegt die Quelle unserer Kraft, in der weiteren, in der großen Heimat das Ziel und der Kern unserer Arbeit. In diesem Geiste lassen Sie mich zu meinem Teil die Verfassung halten, vertiefen und schützen.
>
> (http://www.ebert-gedenkstaette.de/ebert_dok_eid.html)

Mit diesen durchaus patriotisch anmutenden Worten wandte sich Ebert nach seiner Vereidigung an die Nationalversammlung. Auch wenn man die patriotische Grundstimmung der damaligen nicht verkennen darf, fallen zwei Punkte an Eberts Rede auf:

1. Seine Rede ist gezielt auf Vaterland und Heimat ausgerichtet. Es ist dies mitunter der Versuch, der gerade entstehenden Dolchstoßlegende das Wasser abzugraben.

   → *Ebert sieht sich als Präsident aller politischen Lager*

2. Ferner schwingt in Eberts Ansprache das Subsidiaritätsprinzip mit, d.h. er wendet sich gezielt an die einzelnen Länder des Reiches.

   → *Ebert will Präsident aller deutschen Volksstämme sein*

Ihrer ersten Bewährungsprobe sollte sich die junge Demokratie in den Tagen des März 1920 stellen. Nachdem sich die Reichswehrführung um General **Lüttwitz** weigerte, die von Reichswehrminister Gustav Noske angeordnete Auflösung von Freikorps umzusetzen, besetzten diese das Regierungsviertel in Berlin. Obwohl Reichspräsident und Reichsregierung ihrer Festsetzung knapp entgehen konnten, ernannten die Putschisten den preußischen Generallandschaftsdirektor **Wolfgang Kapp** zum Reichskanzler. Wie aber stand die Reichswehr zu diesem Putschversuch? Getreu dem Motto „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr" verhielt diese sich in diesem Konflikt neutral. Es waren die Beamten der Ministerialbürokratie und der vom Allgemeinden Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) ausgerufene Generalstreik, der den Putsch schließlich beendete. Was blieb war die Erkenntnis, dass die Reichswehr zwar bereit war mit äußerster Brutalität gegen Aufstände von links, nicht aber gegen Bedrohungen von rechts vorzugehen.

Bei den **Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920** wurde die MSPD mit 21,7% zwar noch stärkste Kraft im Parlament, musste allerdings Verluste von über 16% hinnehmen. Zweitstärkste Kraft wurde die USPD mit 17,9%, gefolgt von der DNVP mit 15,1% und der DVP mit 13,9%. Aber auch das Zentrum erhielt nach der Abspaltung der Bayerischen Volkspartei (BVP) nur noch 13,6%, während die DDP sogar nur noch 8,3% erreichte. Die KPD, die nun erstmals zu einer Wahl antrat, kam auf 2,1%. Auf der einen Seite war die MSPD nun nicht mehr an der Regierung beteiligt, da eine bürgerliche Koalition aus Zentrum, DVP und DDP nun die Macht übernahm. Auf der anderen Seite standen sich mit MSPD (21,7%) und USPD/KPD (19,0%) zwei annährend gleich große Blöcke innerhalb der sozialistischen Parteien gegenüber.

Wie aber verlief die **weitere Entwicklung** dieser drei Parteien? Bereits auf dem zweiten Parteitag der KPD im Oktober 1919 spaltete sich der ultralinke, antiparlamentarische Flügel ab und gründete die *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD), die allerdings bald an Bedeutung verlor. Die KPD gewann erst wieder an Zulauf, als sich im November 1920 der linke Flügel der USPD der von Moskau dominierten Dritten Kommunistischen Internationale und somit der KPD als deren deutscher Filiale anschloss. Sie führte nun für die nächsten knapp zwei Jahre die Bezeichnung *Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands* (VKPD). Und die restliche USPD? Das zunehmend gewaltsame und linksfeindliche politische Klima, das sich beispielsweise im Blausäureattentat auf Scheidemann und der Ermordung Erzbergers äußerte, rückte die beiden sozialdemokratischen Parteien wieder enger zusammen. Mit dem Vereinigungsparteitag im September 1922 schlossen sie sich zur *Vereinigten Sozialdemokratischen Partei* (VSPD) zusammen, die sich ab 1924 wieder SPD nannte.

Wie aber verhielt sich zu dieser Zeit der **Reichspräsident Friedrich Ebert** innerhalb dieses Mehrfrontenkrieges zwischen links und rechts, zwischen Berlin und Versailles?

> Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des ganzen Volkes hat mich gewählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin.
> (http://www.fes.de/fulltext/historiker/00211005.htm)

Getreu diesem Motto verstand Ebert sein Amt nicht als das der Sozialdemokratie, sondern als das des ganzen Volkes. Die Staatsräson war es dann auch, die seine gesamte Präsidentschaft prägen sollte – wenn auch häufig zum Leidwesen seiner eigenen Partei. Dem Reichspräsidenten oblag nach der Verfassung die *Ernennung des Reichskanzlers*, wobei er einen freien Gestaltungsspielraum hatte. Denn anders als der Bundespräsident heute, konnte der Reichspräsident jeden zum Reichskanzler ernennen, wenn dieser danach das Vertrauen des Reichstages erhielt. Dass Ebert hierbei versuchte, seine eigene Partei an die Regierung zu bringen, war nur gut und billig. Dass ihm dies u.a. wegen der von ihm so erachteten Sturheit seiner eigenen Partei nur selten gelang, steht auf einem anderen Blatt.

So kam es auch, dass die SPD nach den ersten ordentlichen Reichstagswahlen 1920 für den Rest von Eberts Amtszeit keinen Reichskanzler mehr stellte. Dies bedeutete allerdings keineswegs, dass sein Verhältnis zu den Reichsregierungen von Parteipolitik geprägt war. Er trug vielmehr die Politik des jeweiligen Reichskanzlers mit und übte Kritik nur im Verborgenen. Um zwei Beispiele zu nennen:

- 1922 schlossen das Deutsche Reich und Russland den *Vertrag von Rapallo,* der eine Normalisierung der Beziehungen einleitete. Obwohl dem Reichspräsidenten die völkerrechtliche Vertretung oblag, schloss Reichskanzler Wirth diesen Vertrag gegen Eberts ausdrücklichen Wunsch und ohne Rücksprache. Vom Reichspräsidenten selbst war trotzdem keine öffentliche Kritik zu hören. Er verteidigte vielmehr gegen seine eigene Überzeugung den Vertragsschluss.
- 1923 war bekanntlich das *Krisenjahr der Republik*. Neben dem Hitlerputsch gab es noch eine Reihe anderer Erhebungen in den Einzelstaaten. Auch die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen hatte dem Reich die Gefolgschaft verweigert und die KPD rüstete zum Sturz der Republik. Es war Friedrich Ebert, der Reichskanzler Gustav Stresemann ermächtigte, die sozialistische Landesregierung in Sachsen durch eine Reichsexekution abzusetzen.

Auch wenn Ebert über die Parteigrenzen hinweg Akzeptanz genoss, musste auch er sich verschiedener Angriffe von Rechts erwehren. Besonders traf ihn der Vorwurf, seine Beteiligung am Streik der Berliner Munitionsarbeiter im Januar 1918 sei *Landesverrat* gewesen. Sein Versuch, sich gegen diese Diffamierung juristisch zu wehren endete schließlich 1924 im Desaster: Ein Magdeburger Richter stellte fest, dass der Tatbestand durchaus erfüllt sei. Jeder konnte nun das Staatsoberhaupt ungestraft Landesverräter nennen! Diese Situation führte nun allerdings auch dazu, dass Friedrich Ebert und seine Partei wieder enger zusammenrückten. Man muss sich vorstellen, dass nach der Absetzung der sächsischen Landesregierung 1923 bereits Anträge auf Ausschluss des Reichspräsidenten aus der SPD eingingen. Es sei hinzugefügt, dass diese vom Parteivorstand – nennen wir es mal vorsichtig – ausgesondert wurden und somit den hierfür zuständigen Parteitag gar nicht erreichten.

Es sollte dann auch diese Hetzkampagne sein, welche Friedrich Ebert letztlich das Leben kostete. Um eine Revision des Magdeburger Urteils zu erreichen verschleppte der psychisch und physisch ohnehin angeschlagene Ebert eine *Blinddarmentzündung* und verstarb im Alter von 54 Jahren am 28. Februar 1925 im Krankenhaus.

Über die **Person Friedrich Ebert** lässt sich sagen, dass er wohl weder ein Charismatiker, noch ein rücksichtsloses politisches Alpha-Tier gewesen ist. Man hätte wohl vielmehr gesagt, dass der begnadete Redner wie einer von uns war. Er war humorvoll, strahlte menschliche Wärme aus, war aber auch gebrechlich, wie seine zahlreichen auch auf psychische Gründe zurückgehenden Rücktrittsüberlegungen zeigen. Hinzu kam, dass Ebert über keine funktionierende Medienberatung verfügte, worüber ein 1919 veröffentlichtes Foto vom gemeinsamen Baden in der Ostsee mit Reichswehrminister Noske zeugt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein **Zwischenresümee** über das politische Wirken Friedrich Eberts in der Revolution und der Weimarer Republik versuchen:

1. Friedrich Ebert war ein *Vollblutdemokrat*, der eine nicht-parlamentarische Monarchie gleichermaßen ablehnte wie eine Diktatur des Proletariats
2. Er war somit die *richtige Person zur richtigen Zeit*, um Deutschland von der Monarchie in eine Republik zu führen
3. Hierbei paktierte Ebert mit den *alten Eliten* und schreckte auch nicht davor zurück, Gewalt einzusetzen, um die – aus seiner Sicht – höhere Sache zu sichern
4. Als Reichpräsident verstand er sich klar als ein *Diener des Staates* und nicht als ein Diener seiner Partei, womit die Staatsräson zu seinem höchsten Gebot wurde
5. Durch seine Staatsräson nahm Ebert eine *Konfrontation mit seiner Partei* in Kauf, die sogar zu Anträgen auf einen Parteiausschluss führte

Wie aber ging es mit der SPD weiter? Nachdem sich bereits im Zusammenschluss mit der USPD eine programmatische Neuausrichtung abzeichnete, nahm die SPD nach Eberts Tod dieses Vorhaben wieder auf. Nachdem 1921 das Görlitzer Programm erste Anzeichen einer Volkspartei enthielt, überwogen im Heidelberger Programm von 1925 wieder sozialistische Töne. Dies war zum einen dem Beitritt der USPD, aber auch der verheerenden sozialen Lage der letzten Jahre geschuldet. Rückblickend zeugt von besonderer Weitsicht der Abschnitt zur Internationalen Politik:

> Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.
>
> Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

> Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.
>
> Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.
>
> Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.
>
> Sie verlangt die internationale Abrüstung.
>
> **Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.**
>
> (http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0004_spd)

Was aber waren die Motive für eine Forderung nach einer europäischen Einigung? Auf der einen Seite ist die Forderung nach Vereinigten Staaten von Europa als klare *Absage gegen den aufflammenden Faschismus und Revanchismus* zu sehen: Der deutschnationale Paul von Hindenburg wurde gerade erst zum Reichspräsidenten gewählt, Adolf Hitler nach der Verurteilung wegen seines Putschversuchs von 1923 vorzeitig aus der Festungshaft entlassen und Benito Mussolini hatte nach seinem Marsch auf Rom bereits 1922 in Italien die Macht übernommen.

Wenn man etwas tiefer gräbt, so finden sich allerdings auch ganz klare *wirtschaftspolitische Erwägungen:* So schreibt Herman Kranold, Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte und späterer Landrat in Schlesien bereits 1924:

> Das Problem der Vereinigten Staaten von Europa ist nicht oder doch erst in dritter und vierter Linie ein Problem der Schaffung politischer Formänderungen in Europa. Es ist allein oder doch in erster Linie das Problem, zwischen Europas Völkern wirtschaftspolitische Verhältnisse herzustellen, die ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen, die einen einheitlichen europäischen Markt herstellen, innerhalb dessen Kapitalmangel und Kapitalüberfluß sich ausgleichen, Kohle, Eisen, elektrischer Strom, Wasserkraft, Kali, Zinkerz usw. einheitlich ausgenutzt und Steuer- und Sozialpolitik nach einheitlichen Grundsätzen betrieben werden.
>
> Das gemeinsame Wirtschaftsinteresse Europas (worunter ich immer das europäische Festland nebst den Britischen Inseln, aber unter Ausschluß Rußlands, verstehe) besteht darin, zu verhüten, daß Europa dauernd Kolonialgebiet der neuen Industrieländer [gemeint sind hier vor allem die USA] wird.
>
> http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01723.pdf

Inwiefern diese Überlegungen in die Diskussionen um das Heidelberger Programm eingingen, lässt sich leider nicht mehr nachvollziehen. Fest steht allerdings, dass die Idee einer europäischen Einigung nicht gänzlich neu ist und sich beispielsweise beim Mitautor des Heidelberger Programms Karl Kautsky bereits 1916 findet. Die Sozialdemokratie vertrat somit bereits in den 1920er Jahren eine Vision, die auch heute noch nicht als gänzlich umgesetzt gelten kann.

Zwar enthielt die Weimarer Verfassung ein klares Bekenntnis zur Etablierung einer **Arbeitslosenversicherung**. Auf Reichsebene wurde eine solche Einrichtung, wie wir sie heute kennen, allerdings erst 1927 errichtet. Zwar existierten bereits zuvor Arbeitslosenunterstützungen in kommunaler, kirchlicher und privater Trägerschaft und die Arbeitslosenvermittlung hatte sich bereits zu einer klaren Reichsaufgabe entwickelt. Die Etablierung einer versicherungsbasierten Unterstützung gegen Erwerbslosigkeit und ihre Zusammenlegung mit der Arbeitslosenvermittlung fand allerdings erst 1927 statt. Wie heute waren die Selbstverwaltungsgremien der Arbeitsämter drittelparitätisch besetzt, d.h. sie wurden aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand gebildet.

Die letzte Reichsregierung mit einem sozialdemokratischen Kanzler sollte zugleich die letzte parlamentarisch legitimierte sein: **Hermann Müller**, der bereits 1920 einige Monate als Reichskanzler amtierte, stand von 1928 bis 1930 einer Großen Koalition aus SPD, DDP, DVP, BVP und Zentrum vor. In seine Zeit fiel der sogenannte *Ruhreisenstreit 1928/29* – ein Tarifstreit, der letztendlich historische Bedeutung gewann.

- Da die Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften mit Aussperrungen vorgingen, beschloss der Reichstag mit großer Mehrheit eine unbürokratische Unterstützung der 240.000 Betroffenen

  → Man sieht also, dass staatliche Hilfe in der Geschichte mit Zustimmung bürgerlicher Parteien nicht nur Banken und Großfirmen gewährt wurde

- Für den Fall, dass sich die Tarifparteien auch auf die Annahme eines Schlichterspruchs nicht einigen konnten, sah das Gesetz damals die Möglichkeit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister vor

  → In dieser Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist ein Element staatlicher Lohnsteuerung zu sehen, auch wenn die Arbeitgeber gegen diese Bestimmung erfolgreich klagten

In Hermann Müllers Amtszeit fiel auch der sogenannte *Young-Plan* von 1929, der eine Ergänzung zum Versailler Vertrag darstellte. Unter der maßgeblichen Führung von Reichsaußenminister Gustav Stresemann (DVP) wurden eine vorzeitige Räumung des Rheinlands durch die Franzosen und die endgültige Höhe der Reparationszahlungen vereinbart. Das Deutsche Reich verpflichtete sich, bis 1988 [!] insgesamt 36 Milliarden Reichsmark zu zahlen. Ein Ankurbeln der Geldpresse hätte diese Last nicht gelindert, da die Gläubiger die Zahlungen in Gold oder ausländischen Devisen einforderten. Der Plan führte zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen mit rechten Parteien, wobei der von diesen initiierte Volksentscheid erfolglos blieb.

Mit dem Rücktritt der Regierung Müller begann Ende Mai 1930 die Zeit der **Präsidialkabinette**. Hiermit bezeichnet man gemeinhin die Reichsregierungen zwischen 1930 und 1933, welche in der Regel über keine Mehrheit im Reichstag verfügten und nur vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhingen. Dieser ermöglichte den Präsidialkabinetten aufgrund einer illegitimen Auslegung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung eine Durchsetzung ihrer Vorhaben. Bei Artikel 48 handelte es sich um das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten, d.h. die Befugnis, sämtliche zur Abwehr einer Notsituation des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Während diese Regierungspraxis unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning noch verdeckt angewandt worden war, trat sie unter den Reichskanzlern Franz von Papen und Kurt von Schleicher offen zu Tage.

In diese Zeit, in welcher die NSDAP um Adolf Hitler bereits respektable Wahlergebnisse für sich verbuchen konnte, fiel die **Neuwahl des Reichspräsidenten**. Gegen den greisen Hindenburg, der sich nochmals zur Wahl stellte, traten nun Adolf Hitler von der NSDAP und Ernst Thälmann von der KPD an. Da die SPD mit einer gewissen Voraussicht die Gefahr Hitlers als Reichspräsident erkannte, zog sie unter dem Motto „Gegen Hitler“ für Hindenburg in den Wahlkampf. Es mag grotesk klingen, aber die SPD unterstützte einen erklärten Antidemokraten und Antisozialisten, um Schlimmeres zu verhindern. Hindenburg wurde dann auch im zweiten Wahlgang mit 52% der Stimmen wiedergewählt. Adolf Hitler erhielt durchaus ernst zu nehmende 37%, während Ernst Thälmann von den Kommunisten auf 10% kam. Wer nun vermutet, dass der Reichspräsident der SPD ihre Unterstützung gedankt hätte, irrt sich.

Denn bereits im Juli 1932 holte Reichskanzler Franz von Papen mit Unterstützung des Reichspräsidenten zu sogenannten **Preußenschlag** aus. Nachdem in Preußen seit 1921 eine Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun regiert hatte, erreichten die beteiligten Parteien bei den Landtagswahlen vom April 1932 keine eigene Mehrheit. Da eine Regierungsbildung ohne eine der extremistischen Parteien unmöglich war, trat die Regierung Braun zurück, blieb allerdings geschäftsführend im Amt. Im Juli 1932 ermächtigte der Reichspräsident schließlich Reichskanzler Papen, die preußische Regierung abzusetzen und einen Reichskommissar für Preußen zu installieren, da die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen nicht mehr gewährleistet sei. Die preußische Regierung fügte sich dieser – offensichtlich widerrechtlichen – Verfügung ohne Widerstand, um keinen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Die Übernahme der Regierungsgewalt in Preußen – dem größten deutschen Flächenstaat – führte zu einem sukzessiven Austauschen von Funktionären insbesondere in der Polizei. Ein zentrales Rückgrat der Republik wurde somit bereits gebrochen.

Auf den glücklosen Kurt von Schleicher folgte am 30. Januar 1933 bekanntermaßen **Adolf Hitler** als Reichskanzler. Der Reichspräsident hatte den böhmischen Gefreiten, wie er Hitler wegen seiner österreichischen Herkunft abschätzig titulierte, nur widerwillig ernannt. Überzeugt wurde er von seinem nationalkonservativen Umfeld: „In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht!" – soll Franz von Papen, einer der Vertrauten des Reichspräsidenten gesagt haben. Bekanntlich sollte es anders kommen. Die weiteren Ereignisse des Jahres 1933 sollen an dieser Stelle nur ausblickhaft behandelt werden. Nachdem in der Nacht vom 27. Februar 1933 der Reichstag gebrannt hatte, wurde dieses Ereignis unter dem Vorwand sicherheitspolitischer Erwägungen genutzt, um mit der *Reichstagsbrandverordnung* des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 die Grundrechte der Verfassung außer Kraft zu setzen. Nachdem die SA in Preußen zur Hilfspolizei ernannt worden war, wurde der Verfolgung politischer Gegner Tür und Tor geöffnet.

Hitler war allerdings nicht zufrieden. Er löste den Reichstag auf und die NSDAP erreichte bei den Neuwahlen des März 1933 43,9%, was ein sattes Plus von über 10% bedeutete. Die SPD erreichte nur noch 18,3%, die KPD kam auf 12,3%, wobei ihre Mandate in der Folge für ungültig erklärt wurden. Auch mit dem neuen Parlament war Hitler im Gesetzgebungsverfahren auf die Zustimmung anderer Parteien und – das darf nicht vergessen werden – des Reichsrates angewiesen. Um dieses Hindernis zu überwinden, brachte er im Reichstag ein **Ermächtigungsgesetz** ein, das die Reichsregierung ermächtigte, außerhalb des regulären Gesetzgebungsverfahrens selbst Gesetze zu erlassen. Bei der Abstimmung am 23. März 1933 war es allein die SPD, die trotz zu befürchtender Repressalien geschlossen gegen das Gesetz stimmte. Ihr Abgeordneter Otto Wels brachte es in seiner Rede auf den Punkt:

> Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.
>
> Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.
>
> Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. […]
>
> Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Ver-

such, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz.

Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität. […]

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut ihre ungebrochene Zuversicht – verbürgen eine hellere Zukunft.

http://www.dhm.de/sammlungen/zendok/reden/wels.htm

Weiterführende Hinweise:

Diverse Dokumente und Abbildungen in Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, www.ebert-gedenkstaette.de

Bernd Braun u.a. : Friedrich Ebert 1871-1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten (=Ausstellung), Bonn 1998, www.fes.de/fulltext/historiker/00211005.htm

Uwe Knüpfer (Chefred.): 150 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hrsg. v. Parteivorstand, www.150-jahre-spd.de

Lebendiges Museum Online (LEMO), betr. v. Deutschen Historischen Museum u. d. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, www.dhm.de/lemo/html/weimar

Axel Schäfer u.a. (Bearb.): Thema Europa „… als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“, Bonn u.a. 1998, library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01723.pdf

Irina Mohr u.a. (Red.): Friedrich Ebert als Reichspräsident (1919-1925). Zum 80. Todestag), Berlin 2005, library.fes.de/pdf-files/bueros/berlin/02974.pdf